

## **Aktionsplan Inklusion und Demographie (Landkreis Regensburg)**

**Ort: Landratsamt Regensburg, Kleiner Sitzungssaal**

**Datum und Uhrzeit: 28.06.16, 19:30 -21:30 Uhr**

### **2. Treffen Arbeitsgruppe Freizeit, Kultur, & Sport**

Teilnehmer: 18

- Adamski, Margit (Kontaktgruppe Behinderte-Nichtbehinderte, Verein zweites Leben)
- Bräu, Johanna (Regionalmangerin Landkreis Regensburg)
- Festner, Johann (Landratsamt Regensburg)
- Glashauser, Lisa (Offene Behindertenarbeit Caritas)
- Gockel, Peter (Bogenspaß)
- John, Michael (BASIS-Institut)
- Kammerer, Susanne (Landratsamt Regensburg – Tourismus)
- Kett, Konrad (Offene Behindertenarbeit Caritas)
- Klepatz, Anja (Elternhaus)
- Koller, Elvira (Kontaktgruppe Behinderter-Nichtbehinderter)
- Kreuz, Angela (SpDi Diakonie)
- Magin, Ann-Kathrin (Bezirk OPF)
- Maier-Market, Simona (Bayerische Gesellschaft für psychische Gesundheit)
- Meyer, Matthias (BLSV, Kreisvorsitzender)
- Mooser, Karl (Landratsamt Regensburg – Sozialabteilung)
- Müller, Alex (bureau 2+ Alex Müller)
- Schmid, Ulrike (VHS Regensburger Land)
- Tiedemann, Elena (BASIS-Institut)

#### **Tagesordnungspunkte:**

1	Begrüßung durch Herrn Mooser .....	1
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Diskussion .....	2
4	Verabschiedung durch Herrn Mooser .....	16

#### **1 Begrüßung durch Herrn Mooser**

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Mooser, Leiter der Sozialabteilung des Landratsamts Regensburg, die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Freizeit, Kultur, & Sport des Aktionsplans Inklusion und Demographie und bedankt sich für deren Erscheinen. Anschließend gibt er das Wort an Michael John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

## **2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John**

Herr John erläutert, dass der Inklusionsplan hier im Landkreis Regensburg sehr kompakt ablaufe. Die Endveranstaltung sei bereits am 16. September angesetzt. Zwischen Auftakt- und Endveranstaltung gebe es sechs Arbeitsgruppen. Heute wolle man konkrete Vorschläge zum Bereich Freizeit, Kultur und Sport besprechen, die man anhand des Protokolls aus der letzten Sitzung zusammengezogen habe. Man wolle sich fragen, wie man konkret vorgehen könne, und wer was konkret dazu beisteuern könne. Ergänzungen seien jederzeit möglich. Auf Basis der heutigen Überarbeitung werde ein Text mit etwa zehn Seiten Umfang angefertigt, der den TeilnehmerInnen eine Woche vor der nächsten Sitzung zu Verfügung stehe. Die Handlungsvorschläge werden in dem Entwurfstext dann deutlich ausdifferenzierter sein. Leider sei es aufgrund der engen Taktung des Aktionsplans noch nicht möglich, Ergebnisse aus der vom BASIS-Institut durchgeführten Befragung von Menschen mit Behinderung einfließen zu lassen. Allerdings werde man erste Ergebnisse in der nächsten Sitzung vorstellen.

## **3 Diskussion**

Im der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser Sitzung ist grob durch die an die Wand projizierten Maßnahmen vorgegeben. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

### **Barrierefreiheit im Bereich von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen**

#### **Maßnahme Berücksichtigung aller Einschränkung bei der Schaffung von Barrierefreiheit**

Herr John verweist in diesem Zusammenhang auf die zum Teil bereits bestehenden Begehungsgruppen. Es gebe aber auch Akteure vor Ort der einbezogen werden sollte. Die Ausstattung vor Ort betreffe nicht nur Mobilitätseinschränkungen, sondern müsse auch mit Einschränkungen des Seh- und Hörvermögens abgestimmt werden. Maßnahmen diesbezüglich seien beispielsweise die Anbringung von optischen Rauchmeldern oder Induktionsschleifen. Er möchte wissen, ob es weitere Anmerkungen oder Konkretisierungen gebe. Herr Meyer, Kreisvorsitzender des BLSV, erklärt, dass Barrierefreiheit in den Köpfen noch nicht angesprochen sei.

Herr John fragt nach, wie es bezüglich Sportanlagen in der Stadt aussieht. Herr Meyer berichtet, dass es Zuschussungen bis zu 150.000 Euro Bausumme gebe. Dabei gebe es keine speziellen Anforderungen seitens der Zuschussgeber bzgl. Barrierefreiheit. Die Entscheidungen würden beim Bauenden liegen, was in diesem Fall der Verein sei. Herr John berichtet von Planungen im Kindertagesstättenbereich, die von der Regierung der Oberpfalz bezuschusst wurden und wo trotz Auflage ein Aufzug nicht installiert worden sei. Herr Meyer erklärt, dass Vorgaben in einem Bescheid für Sportstätten festgelegt würden und diese einzuhalten seien. Dies werde vom Bayerischen Rechnungshof geprüft. Nach 10 bis 15 Jahren, wenn die Sanierung anstehe, könne man ansonsten Rückförderungen öffentlicher Gelder einleiten. Der Bayerische Staat, der durch die Ministerien vertreten werde, sei der Geldgeber. Insgesamt gebe es keine speziellen Programme bzgl. der Barrierefreiheit. Man sei noch nicht so weit, spezielle Maßnahmen für Sehbeeinträchtigte oder Gehörlose umzusetzen. Herr John berichtet, dass er vor kurzem vom Einbau von Induktionsschleifen bei Höreinschränkungen in Gymnastikräumen gehört habe. Herr Meyer berichtet, dass ihm so etwas im Bereich Sport noch nicht untergekommen sei. Er kenne eine von der Gemeinde gebaute Turnhalle. Frau Kammerer vom Landratsamt Regensburg im Bereich Tourismus meldet sich zu Wort. Sie sei heute die Vertretung für die Geschäftsführung im Bereich Naherholung. Es gebe eine geplante Maßnahme für den Guggenberger See. Das Ziel sei ein barrierefreier Zugang am See. Man arbeite an den Planungen mit den entsprechenden Fachstellen mit der konzeptionellen Absicht, einen barrierefreien Zugang zu schaffen. In den nächsten Monaten wolle man die Planungen voranbringen. Bis zur Badesaison im nächsten Jahr wolle man die Pläne umsetzen. Anregungen seien erwünscht.

Als nächstes spricht sie das Thema Tourismus und Nahbereich allgemein an. Es gebe ein großes Freizeitpotenzial in der Region: Reitangebote, Radwege etc. Sie möchte wissen, was das Plenum zum Thema barrierefreie Angebote für Anregungen und Wünsche hat. Sie fragt nach, wo man ansetzen und was weiterentwickelt werden solle. Sie denke in diese Zusammenhang an für Rolliwanderungen gut geeignete asphaltierte Radwege. Man müsse miteinander die Orte anschauen. Insgesamt sei viel Potenzial da und man müsse kleine Schritte machen. Beispielsweise denke sie an eine Darstellung der Barrierefreiheit von Freizeitzielen in einer Datenbank.

Herr Müller vom bureau 2+ Alex Müller erzählt davon, dass er Events mit Inklusionscharakter gestalte. Er versteht nicht, warum immer Menschen ohne Handicap für Menschen für Handicap planen würden. Ein Negativbeispiel sei das

Westbad in Regensburg, wo Kabinen für Behinderte gebaut wurden und in Bezug auf die Umkleiden nicht nach Geschlecht getrennt worden sei. Ein anderes Beispiel sei die Filmvorführung von „Ziemlich Beste Freunde“, wo man Rollifahrer eingeladen habe, der Saal aber nur für einen einzigen Rollstuhlfahrer konzipiert gewesen sei. Er plädiert dafür, Checklisten einzusetzen. Außerdem würde er es begrüßen, beim Bau gehandicapte Menschen zu fragen. Man habe den Blick als Nichtgehandicapter für die jeweiligen Bedarfe nicht.

Herr John berichtet, dass im Arbeitskreis Mobilität und Barrierefreiheit die Begehungen von Phönix e.V. erwähnt und sehr positiv hervorgehoben worden seien. Es sei wichtig, bei der Planung Menschen mit Behinderung einzubeziehen. Es stelle sich vor Ort die Frage, wie man eine Gruppe mit allen Behinderungsarten zusammenbringe, um aus verschiedenen Perspektiven die Orte zu beleuchten. Dies sei nur mit einer festen Gruppe möglich. Aus diesem Grund müsse man die vorhandenen Gruppen ausbauen und deren Arbeit für die Kommunen verbindlich gestalten. Bei neuen Planungsvorhaben solle man diese Gruppe ansprechen. So gebe es in der Region München einen Verein von Menschen mit Behinderung, die eine Datenbank in Bezug auf Barrierefreiheit erstellt habe. Bei Barrierefreiheit komme es auf die Einschränkung an. Man habe eine Systematik entwickelt, um die Ergebnisse von Begehungen in einer Datenbank abzubilden. Dies sei besonders in Bezug auf die Tourismusregion sinnvoll (siehe Links im Anhang). Insgesamt müsse man im Idealfall bei solchen Karten klar angeben, ob man sein Fahrtziel erreichen könne und nicht ob es ein bisschen barrierefrei ist.

Herr John erzählt davon, dass das Thema in verschiedenen Landkreisen in das jeweilige Freizeit- und Tourismuskonzept eingebunden wurde. Allerdings würde man z. B. im Landkreis Garmisch-Partenkirchen keine Menschen mit Behinderung abbilden. In Garmisch betreibe man ein „Olympiadorf“ mit Hochleistungssportangeboten. Menschen mit Behinderung werden so nicht berücksichtigt. Eine andere Situation sei es im Landkreis Rosenheim, wo im Tourismuskonzept Menschen mit Behinderung berücksichtigt würden. Er verweist auf die letzte Sitzung, wo Herr Müller das Thema Inklusion bezüglich des vorhandenen Wirtschaftspotenzials angesprochen habe. In Garmisch hingegen gebe es kaum Hotels mit Barrierefreiheit. Dies habe bei den Paralympics ein Problem dargestellt.

Herr Kett von der Offenen Behindertenarbeit der Caritas berichtet, dass es schon viel bezüglich Tourismus von Landkreis und Stadt Regensburg gebe. Er stellt fest, dass es manchmal hilfreich wäre, mit bekannten Symbolen schon bestehende Angebote zu

bewerben. So könne man z. B. Wanderführer auf diese Art überarbeiten und rollstuhlgerechte Wanderwege mit einem Symbol belegen. Dies sei ohne Riesenaufwand möglich. Eine Ausgestaltung der Wanderführer würde auch Eltern von Kindern im Rollstuhl bei der Entscheidung helfen, wohin man im Landkreis fahren wolle. Frau Kammerer verspricht, dass sie das prüfen werde. Herr Kett regt an, dass man auch explizit sagen müsse, wenn etwas nicht barrierefrei ist. Frau Adamski von der Kontaktgruppe Behinderte-Nichtbehinderte und Verein zweites Leben berichtet von der Problematik, in erreichbarer Nähe keine Behindertentoilette zu haben. Die Kontaktgruppe Behinderte und Nichtbehinderte stoße oft an Grenzen. In Richtung Mobilität fragt sie, was das schönste Angebot nutze, wenn man nicht hinkomme. Herr John zieht die Querverbindung zum Arbeitskreis Mobilität und Barrierefreiheit. Im Busverkehr gebe es manchmal Ersatzverkehr zu bestimmten Zeiten. Es könne passieren, dass ein Reisebus in den Landkreis geschickt werde und nicht ein Niederflerbus. So könne man als Rolli-Fahrer beispielsweise zu einem Ziel mit dem Niederflerbus in den Landkreis Regensburg gelangen, aber aufgrund des Reisebusses nicht mehr zurück. Einige Freizeitziele seien nicht vermarktbar, wenn die Mobilität nicht geklärt sei. Frau Koller von der Kontaktgruppe Behinderter-Nichtbehinderter berichtet von Busunternehmen, die weder Rampe noch sonst etwas haben. Herr John erläutert, dass laut Herrn Weigl vom RVV 87 % der Busse im Landkreis und Stadt Niederflerbusse sind. Allerdings sei die Rollstuhlmitnahme mit nur einem Rollstuhlplatz in einer Gruppe schwierig. Man könnte eventuell für einen weiteren Rollstuhlplatz Halterungen nachträglich anbringen. Ferner informiert er, dass ab Herbst die Barrierefreiheit bezüglich Anzeige und Ansage verbindlich realisiert sein soll. In Bezug auf das Busmaterial könne der Landkreis mitreden, aber nicht bei der Barrierefreiheit der Haltestellen, wo die Zuständigkeit bei der Kommune liege. Teilweise reiche die Rampe an der Haltestelle nicht ausreichend nach unten, weswegen eine Nachrüstung der jeweiligen Haltestellen nötig sei. Im Landkreis seien an die 1700 Haltepunkte vorhanden, was eine Mammutaufgabe darstelle. Es handle sich um einen nützlichen Hinweis von Frau Kammerer, Freizeitziele in Bezug auf die Umsetzung der Barrierefreiheit zu bevorzugen. Überdies gebe es für den Umbau Zuschüsse für die Kommunen. Frau Adamski befürwortet es, wenn ein schöner Bus an einem schönen Ziel hält. Beim Guggenberger See sei es schwierig mit dem Bus hinzufahren. Frau Koller wirft ein, dass man drei Kilometer zu Fuß gehen müsse. Frau Kammerer bestätigt diese Hürde. Man müsse mindestens einen Kilometer hinschieben.

Frau Bräu, Regionalmangerin im Landkreis Regensburg, berichtet von einem Wanderweg in Pentling, wo man gut hinkomme, der aber grob geschottert sei. Solche Hinweise müssten ihrer Ansicht nach vermerkt werden. Herr Kett wirft ein, dass es sich hierbei wieder um eine kommunale Sache handle und man dafür Fördergelder zur Unterstützung der Schaffung der Barrierefreiheit bekommen müsse. Herr Meyer fügt hinzu, dass eine Sonderlinie schon mal ein Anfang sei.

Herr John fragt nach, ob man konkrete Hinweise über Barrierefreiheit von Ausflugszielen sammeln solle. Herr Gockel von Bogenspaß erzählt von einer Höhle namens Schulerloch im Landkreis Kehlheim. Dort wolle man mehr Menschen mit Behinderung haben. Auf dem Berg oben seien Rollstühle möglich. Der VdK habe Anfragen in diese Richtung gestellt. Allerdings sei die Genehmigung eines barrierefreien Ausbaus der Wege aufgrund des Naturschutzes problematisch, da diese dann stärker befestigt werden müssten. Die Probleme lägen auf genehmigungsrechtliche Seite. Eine Behindertentoilette sei allerdings vorhanden. Herr John startet einen Aufruf für einen Wunschzettel an Frau Kammerer, was man noch ins Visier nehmen solle. Er gibt nochmals einen Hinweis auf die Datenbank aus München (siehe Anhang). Dies könne eventuell für die Region hier übernommen werden. Systeme würden nur dann funktionieren, wenn sie systematisch überprüft würden. Von der besagten Datenbank könne man dann eventuell die Technik übernehmen.

Er stellt fest, dass Inklusion nicht nur Barrierefreiheit bedeutet, sondern auch inklusive Angebote wie beispielsweise Reittherapie umfasst. Herr Kett erzählt, dass solche Angebote von der Volkshochschule (VHS) erprobt worden seien. Diese gemischten Angebote im Landkreis würden allerdings wenig angenommen werden. In der offenen Behindertenarbeit verstehe man sich selbst als Dienstleister, weswegen man auch öffentliche Angebote unterstützt habe. Im Sommerheft gab es den Hinweis, dass auch Kinder mit Behinderung sich anmelden können. Dies sei eine Kooperation mit den Assistenten der OBA gewesen. Die geringe Nachfrage erklärt er sich damit, dass das normale Freizeitprogramm nicht bei den Eltern von Kindern mit Behinderung ankomme. Dies mache die Bedeutsamkeit von Schnittstellen offensichtlich. Überdies verweist er auf die Wichtigkeit exklusiver Angebote. Dennoch sollte laut ihm das Ziel eine Gruppe für alle sein. Als Anbieter müsste man Eltern darauf hinweisen, dass die Kinder die Sonderangebote nutzen können. Oft würden diese Kinder den geschützten Rahmen brauchen. Dennoch sollte man aber auch bei öffentlichen Stellen anfragen, ob Angebote für alle geöffnet werden können. Es bedürfe ein

aktives Zugehen auf die Jugendzentren. Solche Kooperationen würden punktuell gelingen, dauerhafte inklusive Angebote seien aber schwierig. Die kommunalen Vertreter müssten solche Freizeitangebote mitdenken. Er möchte wissen, wer dafür der Ansprechpartner ist. Der OBA als Dienstleister sei es ein Anliegen, solche Angebote zu fördern. Herr Mooser beantwortet die Frage, dass Herr Stubenrauch im Landratsamt dafür zuständig sei. Herr Kett berichtet, dass man dort war und deswegen die Anmerkung im Sommerheft stünden. Diese hätten aber nicht die erwünschte Wirkung gezeigt. Dies sei schon vor fünf Jahren geschehen. Herr Müller wirft ein, dass man solche Angebote nicht gewöhnt sei. Er würde eher zu einer Einrichtung fahren und ein Angebot dort gut etablieren. Alles müsse Stück für Stück aufgebaut werden. Herr Kett fragt nach, wie man den BDJ attraktiv für andere Gruppen machen könne. Frau Klepatz merkt an, dass sie im Freizeitheft des Landkreises nichts über integrative Angebote gelesen habe. Sie erzählt, dass der Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte (VKM) integrative Reitkurse anbiete. Dort seien viel mehr gesunde Kinder als Kinder mit Handicap. Genau das wolle man erreichen. Herr Kett argumentiert, dass es sich hierbei um einen seit langem tätigen Verein handle. Ihm gehe es um die Verbreitung der inklusiven Angebote. Als Beispiel führt er Eltern mit einem Kind mit Behinderung an, die in Donaustauf wohnen. Diese Eltern hätten weite Wege zurückzulegen. Es ginge ihm aber nicht ausschließlich darum, neue Angebote zu gründen, sondern bestehende Angebote inklusiv zu gestalten. Frau Klepatz bemerkt, dass sie das Sommerheft für ihre nichtbehinderte Tochter gelesen und den Hinweis nicht bemerkt habe. Herr Kett verweist auf die erste Seite, wo die Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung angekündigt werden. Frau Klepatz berichtet, dass sie häufig mit der Frage konfrontiert werde, was ihr Sohn habe. Herr Kett informiert, dass man nicht für jeden einzelnen Kurs diesen Hinweis machen könne. Die Kursleiter würden die Teilhabe nicht alle wollen, weswegen man die Zusage nicht machen könne. Herr Mooser berichtet, dass viele Kurse eingekauft werden, weswegen man auf die Kooperation der Kursleiter angewiesen sei.

### **Maßnahme Gemeindebegehungen und Umsetzungen von Maßnahmen**

Bezüglich der bereits angesprochenen Maßnahme der Begehungen hält Herr John Begehungen im Landkreis für möglich, aber in den Kommunen für sinnvoller. Man könne auch Dinge in der Freizeit anschauen und dann zurückzumelden, sodass Infos zusammengetragen würden.

## **Sportangebote**

### **Maßnahme mehr inklusive Sportangebot für den Alltag durch die Vereine anbieten**

Herr John resümiert aus der letzten Sitzung, dass Sportvereine häufig einen Fokus auf Leistungssport haben. Dies biete wenig Anknüpfungspunkte, weswegen man den Breitensport betrachten solle. Herr Meyer berichtet, dass der Breitensport auch zu wenige Angebote habe. Es gebe eine Stabstelle im Sportbereich, die Inklusion mitbetreue. Bei Sportvereinen sei aber eine Art „Massenabfertigung“ üblich. Der Standard werde nur an Menschen ohne Behinderung bemessen. Menschen mit Behinderung würden von Sportvereinen zu wenig erfasst. Man könne Menschen mit Behinderung integrieren, indem man sich mit dem Wunsch nach Veränderung an den Sportverein wende. Allerdings müsste dort jemand sein, der sich darum kümmere. Die Rahmenbedingungen wären vorhanden, aber es bedürfe dort einen Organisator bzw. Manpower. Ein Sportverein könne viel leisten, aber das Hindernis bestünde darin, dass man neue Angebote erstellen oder erschließen müsste, die professionellen Ressourcen aber nicht vorhanden wären. Herr John schlägt hinsichtlich der Landkreisebene vor, Multiplikatoren, die sich engagieren wollen, anzuwerben. Herr Meyer informiert, dass im SV Nittendorf das Judoangebot auf diese Weise entstanden sei. Herr Kett berichtet, dass es das Judo schon vorher gegeben habe und der Grund ein interessierter Trainer sei. In der Gruppe seien Mädchen mit Down-Syndrom. Er möchte damit verdeutlichen, dass der Erfolg an einzelnen Personen hänge. Herr Meyer klärt auf, dass man als Organisator fachliche Unterstützung aus München in Form von Fortbildungen bekommen könne. Der normale Sportverein sei allerdings momentan nicht darauf ausgelegt. Herr John fasst zusammen, dass es innerhalb des Systems Sport bereits Beratung zur Umsetzung der Inklusion gibt. Es bestehe aber ein Bedarf weiterer zentraler Akteure zur Inklusionsumsetzung. Diese könnten beispielsweise Menschen sein, die umgezogen sind und neue Aufgaben suchen.

Herr Meyer erzählt, dass man über öffentliche Gelder eine Erstausrüstung durch den Bezirk ermöglichen könne. Man könne auf diese Art versuchen, fünf bis sechs Projekte über den BLSV Sportverein im ganzen Landkreis unterzubringen. Frau Magin vom Bezirk Oberpfalz fragt nach, ob es möglich sei, dass ein SpDi in einem Sportverein im Landkreis den Trainer stelle und dieses Angebot an den Verein angehängt werde. Herr Meyer kann diese Frage weder bejahen noch verneinen. In diesem Fall sei der Trainer da, aber es wird dennoch Hilfestellung benötigt. Auch der BLSV könne

mitbetreuen. Allerdings müsse man dem Verein mit einem Konzept zur Hilfe kommen. Wenn der Verein mit der Struktur einverstanden sei und die Finanzierbarkeit geklärt sei, wäre ein solches Projekt möglich. Dies sei aber nur über ganz gezielte Projekte möglich. Man müsse pilotmäßig in drei bis vier Vereinen in alle Himmelsrichtungen solche Angebote schaffen. Dazu seien die Adressen von Fachleuten nötig. Herr Müller stimmt zu, dass eine flächendeckende Umsetzung inklusiver Angebote aktuell kaum möglich sei. Es gebe viele ausblutende Sportvereine und tradierten Angebote würden „den Bach runtergehen“. Flächendeckend sei kein muss. Man sollte die Vereine nicht verpflichten, wenn keine Nachfrage bestehe. Insgesamt seien die Leute weniger bereit, Freizeit zu opfern. Er berichtet vom FC Inter, einem Inklusionsverein. Bisher habe man keinen Übungsplatz im Landkreis gefunden. Er fasst zusammen, dass wenn engagierte Menschen vorhanden seien und Nachfrage bestehe, man so etwas anbieten könne. Er nennt ein Positivbeispiel von zwei Heilpädagogen, die auf die Nachfrage mit einer Liga namens „Bananenflanke“ reagiert hatten. Herr John wirft ein, dass er das Sporttreiben von Menschen mit kognitiven Einschränkungen unter sich nicht als inklusiv empfindet. Er leitet auf Gehörlose über, die etwas Eigenes benötigen. Es gebe ferner eine Problematik konzentrierter Angebote für Menschen mit speziellen Behinderungen. Herr Kett hält das Fußballprojekt für eine tolle Sache und gut geeignet. Dies laufe aber nicht unter dem Stichwort inklusive Angebote. Dieses Angebot ermögliche aber einen Sport für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen Platz zu geben. Die Dienste der OBA seien dort bei den Anfahrten als Unterstützer tätig. Solche Projekte würden nur dann funktionieren, wenn Unterstützungsmöglichkeiten bereitstehen. Er stimmt zu, dass flächendeckende Inklusion in Sportvereinen nicht möglich sein wird. Er würde es aber begrüßen, wenn in jeder Himmelsrichtung ein solcher Verein vorhanden wäre. Dies sei ein wichtiges Ziel für die Inklusionsumsetzung. Ferner bedürfe es aber auch besonderer Angebote, wie beispielsweise für Kinder mit autistischen Störungen. Er berichtet von einem autistischen Kind, das nach einem Gruppenraumwechsel die nächsten drei Sitzungen vor der Tür verbracht habe. Man müsse differenzieren zwischen einem Angebot mit der Berücksichtigung der Interessen aller, wie es beim Fußball der Fall sein könne und jemanden, der laufen will und keine Chance beim örtlichen Verein habe. Für beide Situationen müsse es Angebote geben.

Herr Müller führt das Beispiel des SSV Jahn Regensburg an, wo man mit Paten das Training unterstützt habe. Es seien kleine Schritte aus der Exklusion in die Mitte der Gesellschaft. Herr John stellt fest, dass beide Schienen nötig sind: Erstens der

besonderer Schutzraum (Exklusive Sportangebote). Auch hierfür würden Orte gebraucht. Zweitens inklusive Angebote, welche u. a. durch den Landkreis und durch das Suchen von Multiplikatoren etabliert werden sollen. Es müsse Kooperationen mit dem SpDi oder OBAs geben, wofür es auch schon Beispiele gebe. Frau Klepatz untermauert, dass es nicht nur um den sonntäglichen Sport gehen, sondern um den Alltag, der Inklusion im Verein. Sie berichtet von ihrem Sohn, der einen Kindergarten in einem anderen Dorf besuche. Ein Verein im Dorf wäre dann für ihn mehr im Alltag. Sie plädiert dafür, dass das Kinderturnen sich mehr öffnen solle. Man solle die Öffnung auch in die Veranstaltungshefte schreiben. Herr Kett fügt hinzu, dass es Probleme mit der Bereitschaft seitens der Übungsleiter in Bezug auf die Inklusionsumsetzung gebe. Frau Klepatz widerspricht, dass wenn man gezielt anfrage, man nicht abgewiesen werden dürfe. Man sollte sich die Teilnahme nicht erkämpfen müssen. Frau Glashauser von der Offenen Behindertenarbeit der Caritas berichtet von ihrer Erfahrung als Übungsleiterin in der Jugend. Dort sollte ein Kind mit leichtem Autismus in die Gruppe aufgenommen werden. Als Übungsleiter würde man sich fragen, ob man sich diese Aufgabe noch zusätzlich aufhalse. Frau Glashauser hält eine gezielte Ausbildung für Übernahme einer solchen Aufgabe für nötig. Frau Klepatz wünscht sich, dass der Landkreis solche Bestrebungen mehr fördert. Herr Meyer glaubt, dass sich die wenigsten Vereine im Einzelfall gegen eine Aufnahme sträuben würden. Er gibt Frau Klepatz Recht, dass Inklusion in den Gemeinden mehr verbreitet werden müsste. Die Bürgermeister sollten in jedem zweiten Satz Inklusion betonen. Erst dann würde sich etwas bewegen. In unserem Breitengrad sei Inklusion nicht verbreitet, man gehe z. B. nicht gemeinsam zur Schule. Man müsse erst in diese Richtung arbeiten und mit kleinen Schritten anfangen. Frau Klepatz argumentiert, dass man einfach in den Gemeindeblättern den Satz vom Sommerheft mit aufnehmen solle. Herr Kett spricht sich dafür aus, die Informationen mehr zu verbreiten, an welche Dienste man sich für die Überwindung der Hürden wenden kann. Auf diese Weise müsse man den Übungsleitern die Scheu nehmen. Man könne im Rahmen der Familienunterstützung Assistenz anbieten. Letztendlich entscheide der Übungsleiter.

Herr John nimmt Bezug auf die Inklusion im Verein. Man müsse klären, wie man es erreiche, dass ein Kind mit Behinderung in der Jugendgruppe mitmachen könne. Man müsse sich fragen, wie man die Bewusstseinsbildung erreiche. Es brauche ein differenziertes System von Menschen, die Inklusion vor Ort unterstützen. Dies könnte in Form von Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräten Unterstützung finden.

Er möchte von Herrn Kett wissen, welche Assistenzmöglichkeiten es gibt. Herr Kett gibt zu, dass man in Bezug auf die vorhandenen Unterstützungsressourcen schnell am Ende der Möglichkeiten sei. Man habe ein klares Personalbudget. Das Ehrenamt werde weniger. Man arbeite mit vielen Studenten und das Ehrenamt sterbe aus. Man sollte den Assistenten eine vernünftige Entlohnung anbieten. Es gebe Rahmenbedingungen, sodass Eltern Assistenten einsetzen können. Man könne nicht zu viele Kinder mit ihrem individuellen Sport einzeln unterstützen. Man wolle örtliche inklusive Angebote unterstützen, aber auch exklusive. Wenn es vor Ort nur ein Sportangebot gebe, sei das schwierig aufgrund der eingeschränkten Berücksichtigung der Interessensneigung. Die Eltern müssten ihr Recht einfordern. Man habe versucht, einen Gruppenleiterinfotag zu organisieren. Dieser habe aufgrund von geringer Anmeldung nicht durchgeführt werden können. Man müsse sich fragen, wie man Angebote für Nichtbehinderte spannend machen kann. Herr John möchte wissen, welche Möglichkeiten es außerhalb des Sports gebe, ob Vereine auch beraten würden. Herr Kett sieht dies auch als Aufgabe der OBAs, allerdings gebe es nur geringe Nachfrage. Ferner sieht er eine Schwierigkeit in mehr Einzelförderung. Herr John fragt nach der Einstellung anderer OBAs zur Einzelförderung. Herr Kett stellt fest, dass die anderen OBAs diese Meinung teilen. Es gebe vier OBAs in Stadt und Landkreis. Alle seien offen, neue Konzepte zu begleiten. Herr John berichtet von der exzellenten Arbeit der Lebenshilfe in Bamberg, die aber nur mit ihrer Klientel arbeite. Er möchte wissen, ob das im Landkreis Regensburg auch so ist. Herr Kett berichtet, dass man schon Schwerpunktangebote habe. Man tausche sich regelmäßig aus und versuche sich zu unterstützen. Herr John dreht den Spieß um und möchte wissen, was man im Falle der Einrichtung von Inklusionsbeiräten für ein inklusiveres Freizeitangebot machen müsse. Sportvereine etc. seien vor Ort. Man könnte beispielsweise mit anderen OBAs Strukturdienstleistungen in Form von Projektunterstützungen auf lokaler Ebene durchführen. In diesem Fall bräuchte man einen Ansprechpartner. Deswegen schlägt er als Maßnahme vor, dass die Offene Behindertenarbeit sich ein Programm überlegt, wie sie Vereine unterstützen könne. Frau Magin wirft ein, dass man SpDi und Tageseinrichtungen einbeziehen könne. Herr Kett verspricht, dass er diese Idee auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nehmen werde, in der sich Vertreter aller OBAs treffen. Zwar seien die bestehenden Aufgaben schon zeitfüllend, aber die Idee die Fachdienste als Unterstützer der Vereinstätigkeit einzusetzen wäre eine Überlegung wert. Herr John plädiert für eine Schwerpunktverschiebung: vom

Einzelfall hin zu mehr Strukturunterstützung. Im Bereich Sport gebe es bereits Beratungschancen, durch OBAs bestünde die Möglichkeit zum Lückenschluss. Frau Magin ist sich sicher, dass bei einem guten Konzept die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen durch den Bezirk möglich wäre. Eine gute Chance für inklusive Projekte sei die Aktion Mensch, die gute Ideen mit bis zu 100.000 Euro fördere.

Frau Adamski wirft ein, dass es auch erwachsene Behinderte gebe, die ihre Freizeit im Verein gestalten wollen würden. Man müsse auch für diese Zielgruppe etwas Attraktives anbieten. Es würde aber an Geld fehlen und man sei auf Spenden angewiesen. Herr John erzählt, dass ihm kürzlich bei einer Veranstaltung mit Menschen mit psychischen Einschränkungen klar geworden sei, dass es im Jugendbereich das Bildungs- und Teilhabepaket geben würde. Allerdings müsse man auch eine Teilhabe von erwachsenen Menschen mit Behinderung mitdenken. Frau Adamski fährt fort, dass viele Angebote aufgrund des Preises für viele wenig attraktiv seien. Frau Magin sieht als Hauptbarriere fehlende Geldmittel bei psychisch Kranken. Hartz IV sei deswegen keine gute Teilhabegrundlage. Frau Adamski stimmt zu, dass es zu wenig Teilhabe im Freizeitbereich für diese Menschen gebe. Man könne zum Stammtisch gehen, schwimmen oder kegeln gehen. Zusätzlich gebe es das Problem der Mobilität. Herr Meyer ergänzt, dass die Förderung im Jugendbereich, nicht aber für Erwachsene gegeben sei. Die direkte Förderung für Vergünstigungen für bestimmte Zielgruppen sei zurückgefahren worden. Frau Koller erklärt, dass viele im Altersheim isoliert seien und andere nur kleine Renten bezögen. Herr John stimmt zu, dass man sich bei einem Antrag auf Zuschuss immer an Stellen wenden müsse. Dann gebe es die Frage, ob der Zuschuss an den Träger oder an den Betroffenen gehe. Der Ansatz der Inklusion sei ein anderer. Frau Magin fügt hinzu, dass man in diesem Fall 100 Euro für den Begleiter, nicht aber für sich selbst bekomme. Frau Schmid von der VHS Regensburger Land berichtet diesbezüglich, dass man sich bei der Beantragung einer Ermäßigung bei der VHS nicht genieren müsse. Allerdings gingen diese Ermäßigungen zu Lasten der VHS-Kasse, da es keine Gegenfinanzierung gebe. Vom Zuschuss könne man nicht einmal die Personalkosten decken. Herr Meyer fügt hinzu, dass die Gruppe der Menschen ohne Teilhabe sich nicht auf Menschen mit Behinderung beschränke. Aus diesem Grund müsste man generell Sozialleistungen überdenken. Herr John erklärt, dass der Aktionsplan im Landkreis Regensburg speziell auf Menschen mit Behinderung ausgelegt sei. Das Thema Inklusion an sich sei übergreifend. Menschen mit Einschränkungen könnten oft nicht im selben Maße am Leben teilnehmen und ihnen würde Geld für Assistenzen

versagt. Herr Meyer stimmt zu, dass es sich um ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem handle.

Frau Magin spricht die Option ehrenamtliches Engagement oder Peer Counseling an. Menschen mit Handicap könnten im Peer Counseling andere Menschen mit Handicap unterstützen. Herr John hält dies für einen guten Weg. Es ginge nicht nur um Teilhabe, sondern auch um Teilgabe, also anderen etwas zur Verfügung zu stellen. Es wird von Erfahrungen berichtet, wo das Selbstbewusstsein von Menschen mit Behinderung durch ein solches Engagement gestärkt worden sei. Es sei ein menschliches Grundbedürfnis, nicht das Gefühl zu haben, immer nur nehmen zu müssen, sondern auch etwas geben zu können. Herr John berichtet von einer Kommune, wo ein junger Mann mit Trisomie 21 Schläuche bei der Feuerwehr mitgepflegt habe. So habe er seine Fähigkeiten einsetzen können und andere seien dankbar gewesen.

Frau Maier-Market von der Bayerischen Gesellschaft für psychische Gesundheit äußert die Idee, Schulungen für die Vereine bzw. das Ehrenamt durchzuführen. Dort könnten Betroffene Schulungen übernehmen, was eine Form der Teilgabe darstelle. Im Sinne der Vernetzung der Übungsleiterin könnte man eine Art Referentenpool an die Gemeinden geben, damit die Übungsleiter ihre Ansprechpartner kennen. Es sollte darum gehen, Wege zu verkürzen. Ferner könne man Broschüren an einzelne Vereine oder an Firmen geben, um diese beispielsweise über das Bündnis Depression zu informieren. Frau Bräu berichtet, dass mit Frau Richter darüber gesprochen habe und diese bezüglich Ehrenämter auf ein Netzwerk zurückgreifen könne. Sie würde bei Inklusionsbeauftragten anfangen und dann die Aktivität auf Vereine ausweiten. Herr Kett legt dar, dass die OBA bei allen Konzepten Menschen mit Behinderung mitnehme und beispielsweise in Schulen aus Sicht der Betroffenen erzählen lasse. Herr John schildert die Idee, dass man bei Bauvorhaben ein Büro beauftragen könne oder aber eine Gruppe von Menschen mit Behinderung gegen Bezahlung einsetzen könne. Es handle sich hierbei um eine Erfahrung von Empowerment. Man könne auch Vereine durch diese Gruppe gegen Vergütung beraten lassen, um Inklusion voranzubringen. Der Peer Counseling Ansatz beschränke sich bisher auf die Stadt Regensburg mit Phönix e. V. Frau Magin fügt hinzu, dass bereits die Möglichkeit nach Anstellung eines EX-Inlers an jeden sozialpsychiatrischen Dienst auf Bezirkskosten gebe. Herr Kett berichtet, dass manche Menschen mit Behinderung bereits bei Schulprojekten mitwirken würden. Herr John fasst zusammen, dass man Menschen

mit Einschränkungen noch mehr selbst befähigen und unterstützen sollte, Erfahrungen weiterzugeben.

## **Austausch von Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen**

### **Maßnahme Schaffung von niedrigschwelligen Treffpunkten**

Herr John berichtet, dass immer mehr Kommunen Treffpunkte wie Mehrgenerationenhäuser oder Bürgertreffs einrichten, da es immer mehr nicht am Erwerbsleben beteiligten Gruppen gibt. Er erzählt, dass der sozialpsychiatrische Dienst in Ottobrunn eine Tagesstätte aufrecht erhalte und 200 Meter weiter ein Bürgerhaus geplant sei. Er fragt nach, wie man inklusive Angebote gestalten solle und solche Angebote verbinden könne. So bräuchten Menschen mit psychischen Erkrankungen teilweise Schutzräume. Herr Kett plädiert dafür, alle Gruppen angefangen bei Senioren, Menschen mit Behinderung bis hin zu Migranten zu berücksichtigen. Herr John spricht sich für ein abgestuftes Raumkonzept aus, bei dem man die Räume unterschiedlich nutzbar machen könne. Frau Kreuz vom SpDi der Diakonie hält Rückzugsmöglichkeiten und reizärmere Räume für unabdingbar aus Sicht ihres Klientels. Außerdem bedürfe es Räume, wo man dann wieder unter Menschen gehen kann. Von der Raumgestaltung her dürfe nichts beengt sein, damit keine Angst erzeugenden psychischen Barrieren vorhanden sind. Frau Schmid wirft ein, dass es sich häufig um eine Frage des Geldes handle und um die Besetzung der politischen Spitze einer Kommune. In Gemeinden seien oft Räume vorhanden, aber diese seien von Gruppen okkupiert. Es bedürfe einer Offenheit unter Gruppen für die Inklusion. Als Negativbeispiel nennt sie ein Kulturhaus, das aufgrund von Machtspiele des Taubenzüchtervereins nicht offen genutzt werden könne. Als Positivbeispiel nennt sie eine Schule in Laaber im Montessori-Bereich, die eine Lernwelt für Schüler machen will. Man müsse nicht immer dramatische Neubauten machen. Herr John lobt den Ansatz, Schulen zu multifunktionellen Quartierorten zu machen. Er spricht sich dafür aus, in Bezug auf Treffpunkte an Räumlichkeiten des SPDIs anzudocken. Frau Magin berichtet, dass bereits jetzt Räume vorhanden seien. Allerdings handle sich um zwei verschiedene Welten, eine um die man sich gut kümmere und eine mit wenigen Berührungspunkten. Frau Adamski sagt, dass man in den Gemeinden für jede einzelne Gruppe Treffpunkte habe, aber keine gemeinsamen. Herr John berichtet von einer Kaffeetheke in einem Mehrgenerationenhaus in Forchheim, die zum Teil

durch Behindertengruppe geführt werde. Dies funktioniere gut, da man Teilgabe auslebe und am Ort sei. Frau Maier-Market berichtet von einem Tanzkurs, der vom Sozialpsychiatrischen Diensten im Alumneum angeboten werde. Dort würden einzelne Mitarbeiter teilnehmen, aber auch deren Angehörige oder auch vereinzelt Gesunde. In der Kaffeeinsel gebe es Veranstaltungen, die für alle da sind. Frau Magin erwähnt das Adolf-Wiener Haus im Gerontobereich.

Frau Bräu stellt fest, dass viel an bestimmten Personen der Gemeinde hänge, wie beispielsweise in Lappersdorf beim Jugendzentrum. Herr Kett erzählt, dass die Schnittstelle schwierig sei. Man würde mit der Gruppe wegen dem Wochenprogramm der Kinder Samstag dorthin gehen, aber dann sei niemand vom Jugendzentrum da. Für die vier Termine im Jahr würde man krampfhaft Termine suchen, zu dem beide Gruppen zusammen kommen würden. Insgesamt müsse nichts neu installiert werden, da Seniorenheime und, Schulen bestünden. Man müsse diese Institutionen öffnen, aber es brauche Manpower dahinter und Konzepte. Es gebe bereits engagierte Kräfte, deren Ressourcen aber nicht ausreichen würden.

Herr Müller wirft ein, dass man in der Diskussion nicht verkennen dürfe, dass die Strukturen sich aus den Gegebenheiten entwickelt haben. Eine flächendeckende Umsetzung sei nicht sofort umsetzbar. Mit noch weniger Manpower würde es scheitern. Allerdings würde keine Nachhaltigkeit entstehen, wenn man gar nichts mache. Er lobt, wie Leute sich vernetzen. Er weist auf Frau Richter hin, die ihren Job ehrenamtlich mache, weil sie ihn sonst hinkriegen würde. Herr Müller berichtet von einer Frau mit Sohn im Rollstuhl, die ihm den Führerschein nicht machen lassen wolle. Der Grund dafür sei, dass die Dienste dann nicht mehr funktionieren würden und man aus eigener Tasche zahlen müsse. Herr John sagt, dass man sich fragen müsse, wie die Zwänge zustande gekommen seien. Treffpunkte seien nie Projekte, die Geld abwerfen. Es werde immer mehr von privaten Investoren gestaltet, wie z. B. für Einkaufsmalls ohne Sitzgelegenheit. Er berichtet von einem Stadtteil ohne Austauschraum. Dort sei man auf die Kirchengemeinde zugegangen. Letztendlich habe man die evangelische Kirche nach zweijähriger Verhandlungsdauer für die Umsetzung eines Treffpunkts gewinnen können. In Abstimmung mit Städtebauforderung habe man das bestehende Gemeindehaus mit öffentlichen Mitteln erweitert. Die Bedingung habe darin bestanden, die Räume 25 Jahre als öffentlichen Treffpunkt für alle zu erhalten. Er fasst zusammen, dass man sich an Schulen anbinden und bestehende Räumlichkeiten nutzen müsse. Eine inklusive Gesellschaft brauche offene Begegnungsräume. Es gebe Konzeptionen für

öffentliche Räumlichkeiten, wo alle Zielgruppen unterkommen. Es sei eine spannende Frage, weil gerade Menschen mit Einschränkungen besonders ausgeschlossen würden.

#### **4 Verabschiedung durch Herrn Mooser**

Herr Mooser beendet die Arbeitsgruppensitzung und bedankt sich für die Teilnahme. Zudem bedankt er sich bei Herrn John, Frau Bräu und bei allen Besuchern des Arbeitskreises. Er verweist auf die 3. Runde der Arbeitsgruppe Freizeit, Kultur, & Sport, die am 18.07.16 um 19:30 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Landratsamts Regensburg stattfinden wird.

Für das Protokoll

Elena Tiedemann

Michael John

BASIS-Institut

Anhang

#### **Links für barrierefreie Datenbanken**

<http://www.myhandicap.de/adressverzeichnis/>

<http://www.wheelmap.org>

<http://www.cbf-muenchen.de/orte-fuer-rollis>